GRÜNE JUGEND BERLIN LANDES MITGLIEDER VERSAMMLUNG

ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Julia Espindola, Luna Afra Evans, Soffi Witt, Thomas Wiskirchen*

Tagesordnungspunkt: *4 Verschiedene Anträge*

V10: Solidarität mit den Betroffenen des Krieges in Israel und Gaza - Ceasefire Now!

Antragstext

Solidarität mit den Betroffenen! Für ein Ende der Gewalt!

Die GRÜNE JUGEND Berlin erklärt sich solidarisch mit allen Betroffenen des Israel-Palästina-Konflikts und fordert ein sofortiges Ende der Gewalt gegen Zivilist*innen in Israel und Gaza. Es muss Frieden und Gerechtigkeit geben.
In Solidarität mit allen Betroffenen innerhalb der Zivilgesellschaft Berlins, sowohl
Palästinenser*innen als auch Jüd*innen, die Opfer von rassistischen oder antisemitischen Angriffen wurden oder Angehörige verloren haben, verurteilen wir nachdrücklich:

1. Den brutalen antisemitischen Terroranschlag seitens der Hamas auf Israel am 07. Oktober 2023.

2. Unverhältnismäßige Militäroperationen der israelischen Regierung, die zu tausendfachem Tod und Vertreibung von Zivilist*innen geführt haben.

3. Die antisemitischen Attacken auf Synagogen, jüdische Bürger*innen und jüdische Einrichtungen in Berlin, wie den Angriff auf die Gemeinde Kahal Adass Jisroel am 18. Oktober 2023.

4. Die zahlreichen Absagen im Kunst und Kulturbereich von Ausstellungen und Theateraufführungen, welche den Israel-Palästina-Konflikt oder jüdisches oder palästinensisches Leben thematisieren.

Antisemitismus lässt sich nicht mit Rassismus bekämpfen!

Wir lehnen das falsche Narrativ des "Importierten Antisemitismus" ab. Antisemitismus existiert schon lange in Deutschland, die meisten antisemitischen Straftaten haben einen rechtsextremen Hintergrund. Antisemitismus ist jedoch nicht nur ein Problem im rechten Spektrum, sondern in allen Teilen der Gesellschaft und in allen politischen Strömungen anzutreffen. Dem treten wir entgegen. Außerdem möchten wir darauf aufmerksam machen, dass palästinensische Minderheiten besonders von Diskriminierung betroffen sind, da sie in Deutschland als staatenlos bezeichnet werden.

Migrantisierte Menschen werden in unserer Gesellschaft diskriminiert und ihre Stimme erhält in den Medien häufig weniger Aufmerksamkeit. Die Stimme der Palästinenser*innen muss Gehör finden.

Antisemitismus an den Berliner Unis

Gegen Antisemitismus egal, wo!

Wir distanzieren uns ausdrücklich von linken Gruppen wie "Waffen der Kritik", die an der FU Berlin antisemitische Parolen und Lehren verbreiten. Wir verurteilen den mutmaßlich antisemitischen Angriff auf den FU-Studenten Lahav Shapira und kritisieren die zu späte Benennung des Vorfalls als "antisemitisch" seitens des Präsidiums der FU Berlin.
Gleichzeitig lehnen wir die Forderung des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner ab, eine Exmatrikulation von Studierenden im Hochschulgesetz wieder einzuführen. Wir halten andere Maßnahmen gegen Täter*innen wie Hausverbote und das Strafgesetz für ausreichend. Exmatrikulationen dürfen nicht dazu genutzt werden, unliebsame Studierende loszuwerden, und stehen im Widerspruch zur Freiheit der Berufswahl und dem Recht auf Bildung gemäß des Grundgesetzes. Stattdessen sollten vorhandene Mittel verstärkt genutzt und alternative Maßnahmen wie Aufklärung besser finanziert werden.

Internationalismus leben - International Druck für Frieden und eine Lösung des Konflikts ausüben!

Als GRÜNE JUGEND Berlin fordern wir die GRÜNE JUGEND Bundesebene dazu auf, sich aktuell zum Israel-Palästina-Konflikt zu positionieren. Wir fordern die Grüne Jugend Bundesebene und alle Landesverbände dazu auf zu prüfen, mit welchen Partner*innen sie sich zu diesem Thema vernetzen und solidarisieren.
Initiativen, die
den terroristischen und antisemitischen Angriff der Hamas vom 07. Oktober mit über tausend Toten als berechtigte Form des Widerstands legitimieren, den

Angriff relativieren und nicht verurteilen, können ebensowenig unsere Bündnispartner*innen sein wie solche, die die Toten und das Leid der Zivilbevölkerung in Gaza verschweigen,verharmlosen oder gutheißen.

Ein Schulterschluss mit Gruppen, welche aktuell von stark Konservativen Personen getragen werden, stehen wir kritisch gegenüber. Hier fordern wir die Bundesebene dazu auf, Transparenz zu schaffen, wieso und auf welche Weise wir als Linke Jugendorganisation mit diesen Gruppen kooperieren. Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass migrantisierte Menschen sich in Bündnissen mit rechten Orgas aufgrund deren rechter und teilweise rassistischer Politik bedroht fühlen können und die Gefahr besteht, dass wir sie an andere linke Gruppen verlieren. Wir appellieren an Bundesebene und Landesverbände, keine Bündnisse mit konservativen Gruppen einzugehen. Wir fordern die Grüne Jugend Bundesebene auf, sich stattdessen öffentlich an die Seite Israelischer Linker wie der Bewegung Standing Together zu stellen und sich dafür einzusetzen,jegliche Gewalt gegen Zivilist*innen in Israel und Gaza sofort zu beenden. Dazu gehört natürlich auch eine Freilassung der israelischen Geiseln, die von der Hamas entführt worden sind.
Insgesamt fordern wir die GRÜNE JUGEND Bundesebene dazu auf, sich gemeinsam mit FYEG
(Federation of Young European Greens) für

- eine Freilassung der israelischen Geiseln
- einen Waffenstillstand
- ein Ende der Gewalt durch IDF und Siedler*innen in der Westbank
- eine Freilassung von fälschlich inhaftierten Palästinenser*innen in Israel
- eine Ende der illegalen Siedlungspolitik durch die israelische Regierung
- und eine Zweitstaaten-Lösung

einzusetzen.
Insgesamt fordern wir von der Bundesebene dazu auf, sich für ein Ende der Gewaltspirale und eine Beendigung der Kriegsverbrechen auf beiden Seiten einzusetzen.

Ceasefire now!